

OMAS GEGEN RECHTS IN WIESBADEN

- überparteilich, aber parteiisch -
ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 26. SEPTEMBER 2021
AfD – nein danke!

FAMILIEN- UND FRAUENPOLITIK

Wir sind OMAS – und damit weiblich, von einigen wenigen OPAS abgesehen, über deren Unterstützung wir uns sehr freuen. Demzufolge äußern wir uns zuerst zur Familien- und Frauenpolitik der AfD – soweit Frauen per se im AfD-Programm überhaupt Erwähnung finden. Denn der seit Ende des 19. Jahrhunderts andauernde und sich stetig ausweitende Kampf um gleiche Rechte in unserer Gesellschaft und die bisher erzielten Ergebnisse sind uns OMAS ein hohes Gut. Die feministische Bewegung ist jedoch längst noch nicht am Ziel angelangt, betrachten wir nur den sog. Equal Pay Day und/oder die ungleiche Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft und Politik. Beispiele für die immer noch nicht erreichte Gleichstellung von Mann und Frau ließen sich beliebig erweitern.

Die AfD hingegen zeigt in ihrem Programm Bestrebungen für eine Umkehr dieser Entwicklung, ja ausdrücklich für antifeministische Haltungen auf. Sie propagiert ein Frauenbild der 50er Jahre, diffamiert die Politik der Gleichstellung der Frau als „[Gleichstellungs-Totalitarismus](#)“ in ihrem Wahlprogramm. Sie spricht von der „[traditionellen Familie](#)“ als Leitbild. Dieses „[Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern](#)“ soll gestärkt werden. In Schulen sollen „[anerkannte Regeln zu Partnerschaft und Familie, Haushaltsführung, Lebensschutz und Kindererziehung](#)“ unterrichtet werden.

Frauen werden also aus der Wirtschaft heraus und in die Familie zurückkatapultiert, sollen sich um Haus und Hof und das Gebären von Kindern kümmern, geraten dadurch wieder in die Abhängigkeit des Mannes, der allein berufliche Karriere machen soll und darf – die Phantasie ‚alter weißer Männer‘. Andere familiäre Konstellationen, die sich aus gesellschaftlichen Realitäten der LGBTQ-Gemeinde ergeben, werden abgelehnt, diffamiert, als krank dargestellt, Rechte werden entzogen.

Wir OMAS GEGEN RECHTS stehen für eine weltoffene, freie und gerechte Gesellschaft, in der ein ausgrenzendes Weltbild der AfD keinen Platz haben darf. Wir haben nicht vor, uns diesen spießig-reaktionären Vorstellungen zu unterwerfen und unsere mühsam erworbenen Rechte auf ein selbstbestimmtes Leben kommentarlos abzugeben. Frauenrechte sind, ebenso wie Menschenrechte, unverhandelbar!

KLIMA- UND UMWELTPOLITIK

Mit dem Buch ‚Grenzen des Wachstums‘ veröffentlichte der ‚Club of Rome‘ bereits 1972 eine wissenschaftliche Studie mit deutlichen Hinweisen auf die fatalen Auswirkungen und Folgen eines ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums auf die natürliche Umwelt des Menschen. Politik und Gesellschaft könnten also schon lange um diese fatale Entwicklung wissen. Heute sprechen wir – endlich! – von einer Klimawahl, die uns im September bevorsteht. Die jüngsten Flutkatastrophen in Deutschland und Italien sind nur ein kleiner Aspekt des menschengemachten Klimawandels. Die Eisschmelze im Nordpolarmeer und das damit verbundene Ansteigen des Meeresspiegels, das Auftauen des Permafrostbodens in den nördlichen Regionen unserer Erde, der bisher noch große Mengen des Klimakillers CO₂ bindet, die stetig steigende Erderwärmung, die das Leben in weiten Teilen z.B. des afrikanischen Kontinentes unmöglich machen und zu Fluchtbewegungen führen wird – all dies sind Folgen, denen wir bereits heute gegenüberstehen. Der sog. Jetstream, der sich derzeit drastisch verändert, gilt als einer der Kipp-Punkte im Klimasystem, die am Ende die Zivilisation auf unserer Erde bedrohen könnten.

Auszug aus dem AfD-Wahlprogramm:

„Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.

Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die ‚Große Transformation‘ beenden und den ‚Klimaschutzplan 2050‘ der Bundesregierung aufheben.“

Die AfD leugnet fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse über den menschengemachten Klimawandel, möchte Klimaschutzmaßnahmen unterschiedlichster Varianten – vom Kohleausstieg über die Ausweitung von Windkraft bis hin zum Verbot von Verbrennungsmotoren - verhindern, den Status Quo aufrecht erhalten mit dem Argument, bestehende Arbeitsplätze nicht gefährden zu wollen. Dieser Widersinn wird dazu führen, dass Deutschland technologisch ins Hintertreffen geraten wird und wir weiter in immer noch größere Umweltkatastrophen schlittern werden. Dass wir zudem mit diesem Vorgehen Arbeitsplätze verlieren statt erhalten würden, liegt auf der Hand.

Wir OMAS GEGEN RECHTS wollen den ‚Ast‘, auf dem wir als Menschen sitzen, nicht sehenden Auges absägen. Wir stehen für eine generationenübergreifende Verantwortung, für ein Recht auf gesundes und nachhaltiges Leben unserer Kinder und Enkel in einer lebenswerten Umwelt. Internationale Klimaabkommen müssen eingehalten, in weiten Teilen sogar

nachgebessert werden – es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Wir unterstützen nicht zuletzt aus diesem Grund die Bewegung ‚Fridays for future‘ und den Anspruch der jungen Generation auf eine lebensfähige und lebenswerte Umwelt.

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Im engen Schulterschluss mit Querdenkern, Coronaleugnern, Reichsbürgern, Identitären und weiteren rechtsextremen Gruppierungen wird die ‚Meinung‘ der AfD als alleingültig betrachtet und als solche auch postuliert – Fake News inclusive. Seriöse Medien und deren Berichterstattung, soweit sie dem ‚AfD-Leitbild‘ nicht folgen, werden als ‚Lügenpresse‘ diffamiert, ein Hinterfragen der eigenen Positionen – seien sie noch so widersprüchlich – wird mit Angriff gekontert. Bei einschlägigen Demonstrationen der oben genannten Protagonisten wird auch vor Gewalt gegenüber Journalisten nicht zurückgeschreckt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Feindbild Nummer Eins der AfD, soll laut deren Wahlprogramm abgeschafft und in ein Bezahl-Fernsehen umgewandelt werden. Hierbei ist zu beachten, dass öffentlich-rechtliche Programme laut Bundesverfassungsgericht für eine umfassende informative Grundversorgung zu sorgen haben – im Gegensatz zu den meisten Privatsendern, deren Anspruch ein gänzlich anderer ist.

Wir OMAS GEGEN RECHTS fordern die Unversehrtheit von Journalisten, seien sie investigativ oder nicht. Wir benötigen auch zukünftig eine fundierte journalistische Berichterstattung, die auf fachlich und sachlich orientierter Recherche basiert, als verlässliche Quelle unserer Meinungsbildung.

BILDUNGSPOLITIK

Nach wie vor und zu unserem größten Bedauern hat die Aussage Gültigkeit, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten schwieriger Anschluss in Schule und späterem Beruf finden - diesbezüglicher Förderunterricht findet viel zu wenig statt. Daraus resultieren zahlreiche gesellschaftlich und wirtschaftlich prekäre Folgen. Mangelnder Zugang zu Bildung erzeugt meist auch mangelnden Zugang zu objektiver Information, was zu leichter Beeinflussbarkeit insbesondere durch soziale Medien führt. Verschwörungs-Erzählungen und Fake News finden somit ungefilterten Zugang bei Menschen, die weder historisch noch medienpolitisch geschult sind.

Die AfD lehnt ein durchlässiges Schulsystem wie die Gesamtschule ab, grenzt und bremst damit ‚Aufsteiger‘ im Schulsystem aus. In der Hochschulpolitik verfährt sie analog, will differenzierte Abschlüsse wie Bachelor und Master

abschaffen und zum starren und weltweit überholten System aus vergangenen Jahrzehnten zurück.

Auszug aus dem AfD-Wahlprogramm:

„Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule.“

Auch mit Aussagen über behinderte Menschen welcher Couleur auch immer haben Mitglieder der AfD wiederholt für Empörung gesorgt. Behinderte sollen in Sonderschulen abgeschoben werden, Inklusion wird abgelehnt.

„Leistungsprinzip statt Inklusion und Kuschelunterricht“ forderte z.B. der Bundestags-Abgeordnete Markus Frohnmaier im Netz.

In ,News4teachers.de findet sich folgender Hinweis:

„In einer Kleinen Anfrage wollten AfD-Bundestagsabgeordnete von der Bundesregierung wissen, wie sich die Zahl der Behinderten in Deutschland seit 2012 entwickelt habe, und zwar insbesondere „durch Heirat innerhalb der Familie“. Daran schlossen sie die Frage an, wie viele dieser Fälle einen Migrationshintergrund hätten. Die Bundesregierung antwortete umgehend. „Daten zum Familienstand der Eltern von Kindern mit Behinderungen werden in der Statistik der Schwerbehinderten nicht erhoben“, so teilte das Bundesinnenministerium lapidar mit. Bei mehr als 94 Prozent der schwerbehinderten Menschen handele es sich um Deutsche.“ Auf das Perfideste wird hier die Verbindung von Behinderung hin zu Inzest und Migrationshintergrund hergestellt – es ist zum Fremdschämen!

Womit wir beim Thema Migrationshintergrund wären. Denn natürlich wendet sich die AfD gegen jede Form von Migration und ebenso natürlich gegen Integrationshilfen in Schule und Beruf. Unterschiede in kultureller und religiöser Hinsicht werden als Gefahr einer Unterwanderung des ‚Bio-Deutschtums‘ dargestellt. Dies gilt auch für das Recht auf freie Religionsausübung.

Hierzu ein Zitat aus dem AfD-Wahlprogramm: „Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen, soll ihnen das Privileg eines ‚bekenntnisgebundenen‘ Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden werden.“

Weitere Beispiele für diese restriktive Bildungspolitik finden sich im AfD-Wahlprogramm in Hülle und Fülle. Insbesondere in der politischen Bildung wird von „politischer Indoktrination“ gesprochen, die aus den Klassenzimmern herauszuhalten wäre. Es ist offenkundig, dass die AfD keinerlei differenzierten Geschichts- und Politik-Unterricht wünscht – die Erziehung hin zum ‚völkisch orientierten Patrioten‘ geriete in Gefahr.

Wir OMAS GEGEN RECHTS fordern Respekt und Achtung gegenüber allen Menschen, unabhängig von Religion, Herkunft, sexueller Identität und Bildungsgrad. Wir fordern ein durchlässiges Bildungssystem, das einen schulischen und gesellschaftlichen Aufstieg nicht ausschließt, sondern proaktiv ermöglicht.

KULTURPOLITIK

Kunst und Kultur sind ein Spiegel unserer Zeit, unserer Gesellschaft. Und diese Gesellschaft ist bunt, zuweilen schillernd, heterogen und divers. Die Vielfalt unserer kreativen Mitbürger betrachten wir als Bereicherung, auch als Ansporn, neue, unkonventionelle Wege zu gehen.

Die AfD hingegen propagiert eine ‚deutsche Leitkultur‘, die sie dem sog. Multi-Kulti gegenüberstellt, völkisches Kulturgut also, das es vor fremden Einflüssen abzuschotten gilt. Die Autorin Manuela Lück fasst deren Inhalte im Vorwort eines ausführlichen Essays kurz und prägnant zusammen:

„In der Kulturpolitik verfolgt die AfD eine Strategie der Politisierung und Re-Nationalisierung von Kunst und Kultur und ihrer Abgrenzung nach außen und innen. Grundlegend für die kulturpolitischen Auffassungen der AfD sind ein exklusiver Kulturbegriff, die vermeintliche Trennung von ‚Eigenem‘ (‚Heimat‘, ‚Identität‘, ‚deutsche Leitkultur‘) und ‚Fremden‘ (‚Multi-Kulti‘) sowie eine mythische Überzeichnung von ‚Volk‘ und ‚Nation‘.“

Nach einer Darlegung über die Bedeutung der ‚deutschen Leitkultur‘ formuliert die AfD in ihrem Wahlprogramm wie folgt:

„Die Ideologie des Multikulturalismus gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. „Multi-Kultur“ ist Nicht-Kultur. Sie löst die Gemeinschaft auf und befördert die Entstehung von Parallelgesellschaften. Dauerhafte existierende Parallelgesellschaften führen sehr oft zu innenpolitischen Konflikten und können letztlich sogar den Zerfall eines Staates bewirken. Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.“

Beim Thema Sprache wird zudem ein Seitenhieb auf das ‚Gendern‘ formuliert:

„Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation. Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz festschreiben. ‚Politisch korrekte‘ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.“

Wir OMAS GEGEN RECHTS leben in einer globalisierten Welt mit Einflüssen aus aller Herren Länder, die sich in steter Wechselwirkung zueinander befinden, Einflüsse also, die unsere Welt bunter und reicher machen. Wir legen Wert darauf, Kunst und Kultur keinerlei inhaltliche wie gestalterische Fesseln anzulegen. Nur so kann und wird stetig Neues entstehen.

MIGRATIONSPOLITIK

In ausnahmslos jeder Gesellschaft, jeder Nation gibt es gute und nicht ganz so gute Menschen, gibt es Moral und Anstand, aber auch deren Gegenteil, gibt es Gesetzestreue ebenso wie das Ignorieren aller gesellschaftlichen Regeln. Dies gilt für Deutschland ebenso wie für Länder und deren Bewohner, die vor Krieg und Not nach Europa flüchten und um Asyl bitten – übrigens ein elementares, in unserem Grundgesetz festgeschriebenes Recht. Es bedarf also der Differenzierung.

Diese Notwendigkeit zur Differenzierung erscheint AfD-Politikern eher kontraproduktiv, wollen sie doch ihre Zerrbilder über Migranten in die Welt setzen und damit das ‚Wahlvolk‘ spalten und Hass auf das vermeintlich Fremde schüren. Leichter also, Zuwanderer als kriminelle Messerstecher und Vergewaltiger pauschal zu verunglimpfen. AfD-Chefin Weidel zum Beispiel sprach im Parlament von „[Burkas, Kopftuchmädchen und sonstigen Taugenichtsen](#)“.

Zuwanderung wird grundsätzlich abgelehnt – auch wenn sie sowohl humanitär als auch wirtschaftlich dringend geboten ist.

Hier ein Originalzitat aus dem Wahlprogramm:

„[Die AfD fordert daher in der Migrationspolitik einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Jegliche Einwanderung nach Europa muss so begrenzt und gesteuert werden, dass die Identität der europäischen Kulturnationen unter allen Umständen gewahrt bleibt.](#)“

Der gesamte ‚geistige Gehalt‘ der AfD zur Migrationsfrage spiegelt ein völkisch-nationales bis rechtsextremes Gedankengut wider. Dass dies für Deutschland, eingebunden in Europa und eine globalisierte Welt, auch im 21. Jahrhundert keine Lösung ist, liegt auf der Hand. Wirtschaftsunternehmen rufen händeringend nach Zuwanderung, da sie den Bedarf an Mitarbeitern nicht mehr decken können. Gerade auch in den Pflegeberufen kämen wir ohne Zuwanderung – auch und gerade von Asylsuchenden - nicht mehr aus. Die AfD hingegen sei hier neuerlich zitiert: „[Auch anerkannte Asylbewerber dürfen nicht automatisch in einen Daueraufenthalt hineinwachsen. Sobald die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese unverzüglich, ausnahmslos und unbürokratisch durchzusetzen sein.](#)“

Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Fremdenfeindlichkeit wurden von der AfD ‚hoffähig‘ gemacht – in den Parlamenten, in den sozialen Medien und auf der Straße. Als geistige Brandstifter haben sie die NSU-Morde ebenso wie die an Walter Lübcke, in Halle und Hanau mit zu verantworten.

Wir OMAS GEGEN RECHTS stellen uns vehement gegen jegliche Form der Ausgrenzung, stehen ein für ein solidarisches Deutschland, das in- und ausländische Mitbürger respektiert und grundgesetzlich gebotene Hilfe nicht verweigert.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland immer weiter auseinander. Der gesellschaftliche Mittelstand, ehemals die stärkste Säule in Deutschland, dünnt aus. Es gibt wenige aus dieser Mitte, die sich nach oben entwickeln konnten, der wesentlich größere Teil bewegt sich Richtung Armuts-Risiko. Weder gibt es eine Garantie für einen auch nur halbwegs sicheren Arbeitsplatz noch einen akzeptablen Standard für Alleinerziehende, die sich häufig am Ende der gesellschaftlichen Spirale befinden. Wohnraum wird knapper und häufig unbezahlbar, Geringverdiener kommen kaum noch über die Runden, Rentner müssen häufig hinzuverdienen, die Tafeln verzeichnen eine erhöhte und kaum noch zu bedienende Nachfrage. Die Bevölkerung wird älter, jüngere Generationen können Rentenversprechen in gemachter Höhe nicht mehr schultern, der Sozialstaat droht ins Wanken zu geraten.

Die AfD generiert sich häufig als die ‚Partei des kleinen Mannes‘ – bei genauer Betrachtung ist jedoch das Gegenteil der Fall. Sie fordert zum Beispiel die [„Reduzierung der Steuern- und Abgabenquote“](#), lehnt zugleich eine Mehrbelastung höherer Einkommen ab und will außerdem die Mehrwertsteuer um 7% senken. Sie propagiert [„die Schaffung einer fairen Unternehmensbesteuerung.“](#) Des Weiteren ist im AfD-Programm zu lesen: [„Intakte Familien denken und leben in Generationenzusammenhängen. Die Übergabe von bereits versteuertem Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht erneut dem Staatszugriff ausgesetzt werden. Die AfD ist deshalb für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer.“](#)

Im Klartext heißt dies: Wohlfeile Steuergeschenke werden in Aussicht gestellt, ohne auch nur ansatzweise eine Gegenfinanzierung darlegen zu können. Allein eine Senkung der Mehrwertsteuer um 7% würde zu einer Belastung des Staates in Höhe von über 80 Milliarden Euro führen – auch dies ohne

Finanzierungskonzept. Zudem werden Wirtschaftsunternehmen in ihrer Steuerlast geschont, der Wohlstand wird nach oben umverteilt.

Unter dem Dogma der Erhaltung von Arbeitsplätzen wird eine neo-liberale Wirtschaftspolitik propagiert – der Markt soll es richten. Diese angebliche Erhaltung von Arbeitsplätzen geht einher mit der Erhaltung überholter Strukturen – nämlich dem Festhalten an umweltschädlichen Industrien wie z.B. an Braun- und Steinkohle oder der Kernenergie. Analoges gilt für die Landwirtschaft und deren notwendige ökologische Reformierung. Unter dem Motto „**Weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung**“ bleibt der Sozialstaat auf der Strecke.

Wir OMAS GEGEN RECHTS halten bedingungslos an unserem Sozialstaat fest. Wir treten ein für ein soziales Netz, für Arbeitsschutz-Bestimmungen und Arbeitnehmer-Mitbestimmung. Wir fordern eine gerechte und damit höhere Unternehmensbesteuerung zu Gunsten der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft ebenso wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Wohlhabende und Reiche.

EUROPAPOLITIK

Das ‚kleine‘ Deutschland innerhalb einer globalisierten Welt hätte mittel- bis langfristig weder politisch noch wirtschaftlich größere Bedeutung, würde von Großmächten wie China, Russland oder den USA überrollt werden. Ein Zusammenschluss europäischer Staaten, soweit diese auf gemeinsamen Werten basieren, erscheint trotz so mancher Mängel unerlässlich. Dieses Europa ist wie ein lebendiger Organismus zu betrachten, an dem stetig gearbeitet, der sich ebenso stetig entwickeln muss. Selbstverständlich besteht da und dort Reformbedarf, zum Beispiel beim Einstimmigkeitsprinzip, das Repressalien gegenüber demokratiefeindlichen Bestrebungen in europäischen Mitgliedsstaaten wie Ungarn oder Polen erschwert bis unmöglich macht. Zu nennen wäre auch die europäische Grenzschutz-Agentur Frontex, deren Agieren in Teilen mehr als fragwürdig erscheint und seinerzeit nur als zweitbeste Lösung innerhalb der EU akzeptiert wurde. Dennoch sind eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, das Aufheben nationaler Grenzbarrieren, das Ermöglichen eines Wohnsitzes im europäischen Ausland etc. etc. positive Errungenschaften für uns Bürger.

Bereits der neoliberale AfD-Gründer Bernd Lucke äußerte sich kritisch zum Euro. Die AfD wiederum stellt die gesamte EU in Frage – in jüngster Zeit jedoch nur noch als ‚ultima ratio‘, nachdem die wirtschaftlichen Folgen des Brexit zutage getreten sind. Dennoch fordert die AfD in ihrem Wahlprogramm den Austritt aus der EU, den sog. ‚Dexit‘. Sie möchte die Nationalstaaten

wieder stärken, fordert eine Rückkehr zu Kontrollen und Grenzzäunen an den deutschen Staatsgrenzen und weist damit den Weg hin zu einer längst überholten Kleinstaaterei.

Wir OMAS GEGEN RECHTS fordern den Erhalt unserer EU, den Erhalt offener Grenzen, die wirtschaftliche Stärkung einzelner Nationalstaaten sowie die Solidarität mit schwächeren Mitgliedern.

NACHWORT

„Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD.“ Diese Aussage stammt von Christian Lüth, dem ehemaligen Pressesprecher der AfD. In einem geheim aufgezeichneten Gespräch mit einer rechtslastigen Youtuberin im Februar 2020 ging er aber noch weiter: „Wir können die Migranten nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie Du willst“. Am Ende des Gespräches äußerte er sich wie folgt: „Es geht erst mal um den Erhalt der Partei – die AfD ist wichtig.“ Alles sei in der Partei darauf ausgerichtet, dass man erfolgreich sei, das Land, also Deutschland, sei ihm erst mal egal.

Dieser Christian Lüth war und ist möglicherweise noch heute ein enger Vertrauter von Alexander Gauland, dem sog. Ehrenvorsitzenden der AfD. Er wurde nach der Veröffentlichung seiner Aussagen freigestellt; die Entlassung folgte erst Tage später auf öffentlichen Druck. Ein besonders drastisches Beispiel, aber ein Beispiel von vielen für die AfD.

Ganze Landesverbände werden bereits vom Verfassungsschutz beobachtet, eine bundesweite Beobachtung der Gesamtpartei wurde am 3. März 2021 publik, wenn auch aus formaljuristischen Gründen bis nach der Bundestagswahl im September 2021 vorübergehend ausgesetzt.

Der rechtsradikale Flügel wurde zwar offiziell aufgelöst, seine Vertreter wie deren Inhalte sind jedoch geblieben und gewinnen immer mehr Einfluss in der Partei. Das jüngste Bekenntnis der AfD zu unserem Grundgesetz diene lediglich als Feigenblatt, um der drohenden Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen.

Rechtes und rechtsextremes Gedankengut sind der Nährboden dieser Partei, die sich in weiten Teilen am Rand, aber vermehrt eben auch jenseits unseres Grundgesetzes bewegt. Enge Kontakte zu Reichsbürgern, der völkischen ‚Identitären Bewegung‘, aber auch zur NPD und weiteren verfassungswidrigen Organisationen sind belegt.

Der Bundesparteitag der AfD im vergangenen April sprach ebenfalls eine deutliche Sprache. Diskussionsverlauf und Beschlüsse zeigten eine rückwärtsgewandte, destruktive, die Grundsätze einer demokratischen Gesellschaft immer wieder in

Frage stellende Haltung – biodeutsch, antieuropäisch, menschenverachtend, fremden- und frauenfeindlich. Der von den AfD-Granden so gerne bemühte ‚kleine Mann‘ und dessen Bedürfnisse kommen in den wirtschafts- und sozialpolitischen Beschlüssen nicht vor. Im Gegenteil: Sie werden durch sie geradezu verhöhnt.

Die AfD plädiert für eine Abschaffung des Euro ebenso wie einen Austritt aus der EU. Sie belebt längst überwunden geglaubte, uralte gesellschaftliche Diskriminierungen, plant Steuererleichterungen vorzugsweise für die Wohlhabenden und Reichen, ohne ein Konzept zur Gegenfinanzierung vorlegen zu können. Sie negiert Deutschland als Einwanderungsland, hetzt ständig gegen ausländische Mitbürger und geflüchtete Menschen – die elementaren Menschenrechte, die für alle gelten, sind für die AfD nicht von Belang. Neben vielen weiteren Aspekten leugnet die AfD den Klimawandel, lehnt alle damit verbundenen Forderungen und Maßnahmen ab, geriert sich populistisch als Autopartei. Und und und ...

Es geht ihr um ein Zurück zum völkischen Nationalstaat – das hatten wir schon mal -, nicht um das Wohlergehen und die Zukunft des Landes und seiner Bevölkerung.

Momentan nutzt die AfD auf das Schamloseste die jüngste Flutkatastrophe ebenso wie seit geraumer Zeit die Corona-Pandemie und versucht, die Gesellschaft neuerlich zu spalten. Sie leugnet die Gefahr, lehnt alle gebotenen Schutzmaßnahmen ab, fordert ohne Rücksicht auf menschliche Verluste alte Freiheiten zurück, geht mit den Querdenkern Arm in Arm und macht sich zum Handlanger von Verschwörungs-Erzählern.

Wir OMAS GEGEN RECHTS bitten inständig, Stimmen zur Bundestagswahl den Parteien zu geben, die sich eindeutig und nicht erst auf Druck von außen zu unserem Grundgesetz und unserer Demokratie bekennen. Rechtsstaatlichkeit, eine freie und gerechte Gesellschaft ohne Ausgrenzung sind keine Verhandlungssache. Religion, Herkunft und sexuelle Identität sind keine Kriterien zur Beurteilung und ggf. Aburteilung von Menschen – im Einzelnen wie als Gruppe oder gar als Nation.

Deshalb: Keine Stimme für die AfD, der es laut Christian Lüth gut geht, wenn es Deutschland schlecht geht.